

metallnachrichten

» Eine Information für die Beschäftigten in Baden-Württemberg

www.bw.igm.de

Nr. 3 / 19. Mai 2011



Atomkraft: Schluss!
Demonstrationen am 28. Mai in
Freiburg, Mannheim und Ulm
Seite 1



Grün-Rot
Die Themen der neuen Landes-
regierung aus Sicht der IG Metall
Seite 2

Atomkraft ist als Brückentechnologie ungeeignet und hat keine Zukunft!

Atomausstieg: Jetzt!

Erst vor wenigen Wochen wurde in Japan innerhalb weniger Minuten die Existenz tausender Menschen weggespült. Und noch bevor das ganze Ausmaß dieser Umweltkatastrophe sichtbar wurde, geriet der Atomreaktor im japanischen Fukushima außer Kontrolle. Es kam zur Kernschmelze und dem Austritt radioaktiver Strahlung und radioaktiv verseuchtem Wasser. Die Folgen und Ausmaße der Katastrophe sind bis heute nicht absehbar.

Der Weg in die Zukunft mit Atomenergie führt in eine Sackgasse, auch wenn die Atom-Lobbyisten der Stromkonzerne unbeirrt das Gegenteil behaupten. Was wir brauchen ist eine schnelle Energiewende. Dieser Weg ist möglich, wenn er nicht von den Profitinteressen der Stromgiganten, sondern durch eine abgestimmte Energiepolitik von Bund, Ländern und Kommunen bestimmt wird.

Die Wirkung des Moratoriums der Bundesregierung verdampft so rasch wie das Kühlwasser auf den Brennstäben in Fukushima. Der jetzt durchgeführte Stresstest für Kernkraftwerke basiert lediglich auf Modellrechnungen auf Basis bekannter Theorien. Allerdings werden diese Theorien oft schneller von der Realität überholt, als uns lieb ist. Auch der Reaktor von Fukushima galt schließlich als sicher - bis zu seiner Havarie.

Für die Gewerkschaften ist die Nutzung der Atomkraft schon lange ein Thema. Die IG Metall setzt sich seit der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl Mitte der 80er Jahre für einen schnellen Ausstieg aus der Atomenergie ein. Wir ha-

ben den von Rot-Grün beschlossenen Atomausstieg begrüßt. Dieser Einstieg in den Ausstieg aus der Atomenergie war der erste richtige Schritt und wurde damals selbst von den Energieversorgern mitgetragen.

Es war die schwarz-gelbe Bundesregierung, die diesen Konsens vergangenen Herbst ohne Not aufgegeben hat und durch eine Lizenz zum Gelddrucken für die Energieriesen Vattenfall, RWE, Eon und EnBW, ohne Not ersetzt hat. Ein Beweis dafür, wie sehr Merkel und Westerwelle am Gängelband finanzkräftiger Lobbyisten und Energiekonzerne hängen, aber auch ein Beleg dafür, dass die Privatisierung von elementaren Versorgungsleistungen wie Strom, Wasser oder Verkehr der falsche Weg für ein ökologisch und sozial nachhaltiges Wachstum ist.

Wir fordern:

- Die von Schwarz-Gelb beschlossene Laufzeitverlängerung für Atommeiler muss zurückgenommen und durch Festlegungen für einen möglichst schnellen Ausstieg aus der Atomenergie ersetzt werden.

- Die sieben vorübergehend abgeschalteten Atommeiler (darunter Neckarwestheim 1 und Biblis A) dürfen allesamt nicht wieder ans Netz gehen.
- Deutschland muss eine Vorreiterrolle beim Einsatz alternativer Energiegewinnung übernehmen und künftig auf einen Energiemix ohne Atomkraft setzen. Hierzu gehört auch eine Steigerung der Energieeffizienz in Haushalten, Verkehr und Industrie.
- Saubere Energie muss bezahl-

bar bleiben – das ist aber nur möglich, wenn nicht die Profitinteressen der Konzerne die Strompreise mitbestimmen.

- Der Umbau der Energieerzeugung muss die Sicherheit der Arbeitsplätze immer mit im Auge haben. Dort wo es zu strukturellen Veränderungen kommt, braucht es gleichwertige Alternativen. Hier bietet der Aufbau regenerativer Energien auch in der Metall- und Elektroindustrie Chancen für zukunftsfähige Arbeitsplätze.

ATOMKRAFT SCHLUSS! **DEMOS SAMSTAG 28. MAI**

Demonstration in Ulm
 Auftakt 1: **14 Uhr, Neu-Ulm Bahnhof**
 Auftakt 2: **14 Uhr, Ulm Hauptbahnhof**
 Abschlusskundgebung: **15.30 Uhr Ulm, Münsterplatz**

Demonstration in Freiburg
13 Uhr Stühlinger Kirchplatz (Direkt hinter dem Hauptbahnhof)

Demonstration Mannheim
 Auftakt: **12 Uhr Hauptbahnhof Mannheim und in Ludwigshafen am Berliner Platz**
 Abschlusskundgebung: **13 Uhr, Ehrenhof des Mannheimer Schlosses**

Weitere Infos unter: www.anti-atom-demo.de

ÖKOLOGISCHEN UND SOZIALEN WANDEL

Die Erwartungen sind groß. Und die frisch gebackene grün-rote Landesregierung in Baden-Württemberg steht in der Pflicht. Sie hat einen ökologischen und sozialen Umbau des Landes angekündigt, die IG Metall wird sie an ihren Taten messen.

Gute Arbeit ist der Schlüssel

Der Koalitionsvertrag kündigt an, Baden-Württemberg zu einem Musterland für »Gute Arbeit« zu machen. Das verlangt, dass auch beim vor uns stehenden strukturellen Wandel das Ziel der Vollbeschäftigung immer an vorderster Stelle steht.

Baden-Württemberg hat keine Rohstoffe, aber gut qualifizierte Menschen. Sie werden heute oft gehindert, ihre beruflichen Entwicklungspotentiale zu nutzen, etwa durch das Ausüben prekärer Beschäftigung, wie Leiharbeit, durch den Ausschluss von Frauen, da es schlicht an qualifizierter Ganztagesbetreuung für Kinder mangelt, oder durch versperrte Entwicklungschancen, weil geeignete Aus- und Weiterbildungsangebote fehlen. Und nicht zuletzt durch die Gefährdung ihrer Gesundheit, da Prävention und Gesundheitsförderung im Arbeitsleben meist nur eine Nebenrolle spielen oder ganz fehlen. Hier kann und muss Landespolitik aktiv werden. Genau das verlangen wir von der neuen Landesregierung!

Die Menschen mitnehmen

Steht die »dialogorientierte Wirtschaftspolitik« nicht nur als Platzhalter im über 90seitigen Koalitionsvertrag, sondern wird daraus ein praktischer Politikstil, eröffnet das Chancen, die Menschen anders als bisher mitzunehmen. Der Wandel wird nicht gelingen, wenn er stattfindet

ohne Beschäftigte, Betriebsräte und Gewerkschaften mit ins Boot zu nehmen. Zusammen lassen sich Wege durch das Dickicht und Gestrüpp finden, die einen nachhaltigen ökologischen und sozialen Wachstumspfad beschreiben.

Große Chancen in der Energiepolitik

Die Energieversorgung des Landes muss Richtung schnellem Ausstieg aus der Atomenergie umgestellt werden. Dazu gehört umweltverträgliche Energiegewinnung und das Forcieren von Maßnahmen für eine höhere Energieeffizienz in Haushalten und Industrie. Dabei muss Strom für Otto-Normalverbraucher ebenso bezahlbar bleiben wie für industrielle Abnehmer.

Es braucht Planungssicherheit und Beteiligung, etwa über die Ziele des Energiemixes in den nächsten Jahren und die Maßnahmen zum Ausbau nichtnuklearer Energieerzeugung wie auch für die Bereitstellung der notwendigen Speicherkapazitäten und den Ausbau der Netze. Hier liegen große Beschäftigungschancen - auch für die baden-württembergische Metall- und Elektroindustrie.

Gerade die Energiepolitik zeigt, dass die Privatisierung zentraler Versorgungsleistungen eine Sackgasse ist, die allein wenigen Energiekonzernen zu satten Profiten verhilft,

für ein nachhaltiges Wirtschaften aber nichts taugt.

Industriepolitik

Baden-Württemberg glänzt durch eine starke industrielle Struktur. In ihr gründet sich die Stärke des Landes. Das weltweit einzigartige Cluster aus Forschung, Entwicklung, kleinen und mittleren Unternehmen und weltweit tätiger Großkonzerne bietet Wachstumschancen. Die industriellen Branchen gelten zu Recht als Hauptinnovationsträger.

Es ist richtig, sich auf eine aktive Industriepolitik und eine Konzentration auf die Wachstumsfelder nachhaltiger Mobilität, Energieeffizienz, erneuerbare Energien, Gesundheit und IT zu verständigen. Wichtig ist, dass der damit einhergehende strukturelle Wandel sozial abgesichert wird. Der Erfolg wird am Ende davon abhängen, ob diese Technologien auch hier industrialisiert werden. Das geht nicht ohne dass staatlich finanzierte Forschung auch die Perspektive einer Industrialisierung der Ergebnisse in Baden-Württemberg beinhaltet, ohne einen funktionierenden Technologietransfer in die Klein- und mittleren Unternehmen und ohne eine Neuausrichtung von Aus- und Weiterbildung.

Die IG Metall unterstützt die Idee von Technologiezentren, die entlang wesentlicher Innovationsfelder (etwa Leichtbau, Energieeffizienz, E-Antriebe, etc.) diese Zielsetzungen unterstützen.

Bildung

Alle beschriebenen Ansätze lassen sich nur realisieren, wenn dafür ausreichend und gut qualifizierte Fachkräfte zur Verfügung stehen. Der Grundstein dafür wird mit der Bildung gelegt. Deshalb ist und bleibt es Hauptaufgabe des Landes, die notwendigen Reformen im Bildungssystem anzupacken, denn in ihnen liegt der Schlüssel für die Zukunftsfähigkeit des Landes.

Alle müssen die gleichen Voraussetzungen und Chancen auf Bildung haben. Der Geldbeutel der Eltern darf nicht über den Lebensweg entscheiden. Deshalb begrüßen wir die für das Sommersemester 2012 angekündigte Abschaffung der Studiengebühren. Wir brauchen dringend eine bessere Ausstattung der Berufsschulen, die Beseitigung des strukturellen Defizits bei Lehrkräften und ein Mehr an individueller Förderung. Außerdem müssen die Kapazitäten an den Technikerschulen aufgestockt und sich die Hochschulen der Fort- und Weiterbildung auch für Nichtakademiker öffnen.

Fazit

Die IG Metall wird Grün-Rot, wie auch die vorhergehenden Landesregierungen, konstruktiv und wo nötig kritisch begleiten. **Der Koalitionsvertrag enthält viele Ansatzpunkte, die wir aufgreifen können. Ihre Umsetzung wird ohne Mitwirkung der Gewerkschaften nicht erfolgreich sein.**